Stiftung Mercator, 51 Grad
Ausgabe Februar 2010

Einwanderungsgesellschaft 2010

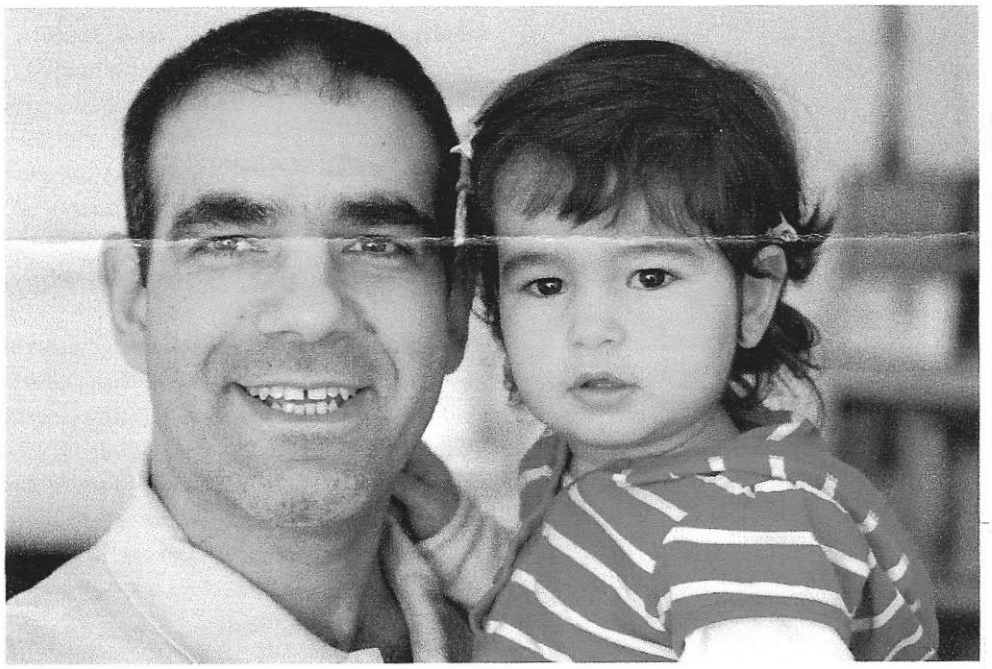
Klaus J. Bade zu ausgewählten Ergebnissen des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)

Deutschland ist ein demographisch schrumpfendes und alterndes Migrationsland mit hoher transnationaler, insbesondere innereuropäischer Mobilität in der statistischen Mitte zwischen Ein- und Auswanderungsland. In seinen Grenzen entfaltet sich eine Einwanderungsgesellschaft, deren Heterogenität auch bei abnehmender Zuwanderung aus demographischen Gründen eigendynamisch weiter wächst. Aus den gleichen Gründen steigt auch ohne Zuwanderung der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiter an. In der Einwanderungsgesellschaft begegnen sich, auch innerhalb der Familien, unterschiedliche Einwanderergenerationen und mit unterschiedlichen Integrationserfahrungen. Daraus entstehen vielfältig in sich gebrochene und von der Mehrheitsbevölkerung oft verschiedene Erinnerungskulturen als Grundlage für Gegenwartseinschätzung und Zukunftserwartung.

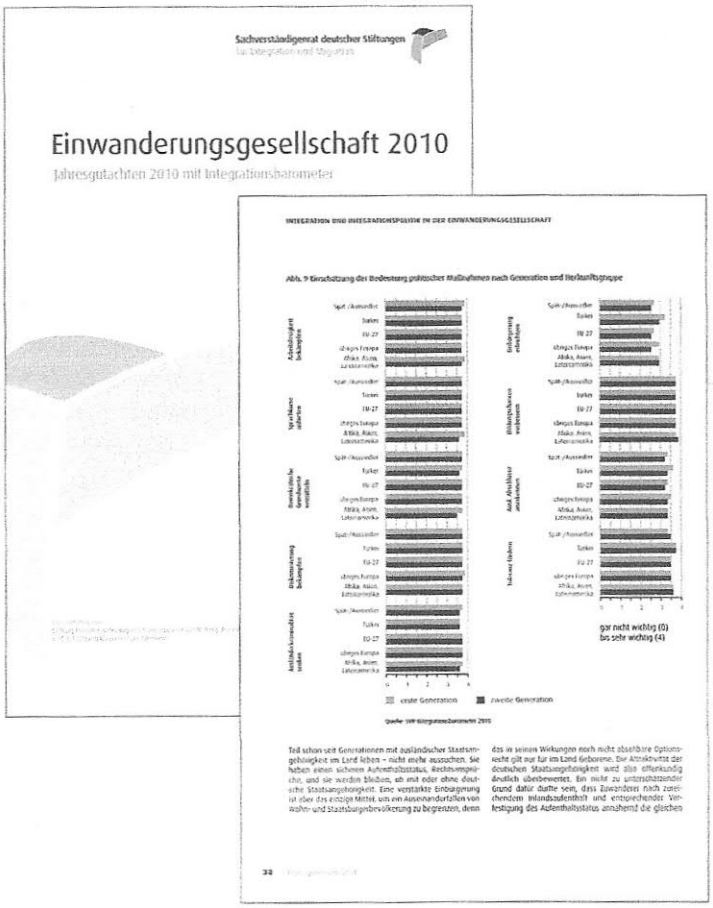
Die Integration in Deutschland ist, besonders im internationalen Vergleich, keineswegs „gescheitert". Sie ist vielmehr in vielen empirisch fassbaren Bereichen durchaus zufriedenstellend oder sogar gut gelungen. Zudem stehen beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft, wie das Integrationsbarometer des SVR zeigt, den Anforderungen von Zuwanderung und Integration pragmatisch und zuversichtlich gegenüber. In der konkreten Alltagswirklichkeit der Einwanderungsgesellschaft wirken deshalb publizistische Elitendiskurse über Krise und Scheitern von Integration einerseits, Marginalisierung und Exklusion der Zuwandererbevölkerung andererseits wie fernes Wetterleuchten am Horizont.

Integration und Migration: angekommen im politischen Mainstream

Nach langer Verdrängung („Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.") sind Integration und Migration endlich im politischen Mainstream angekommen. Vieles wurde erreicht. Aber manches von dem, was appellativ als politische „Schlüsselaufgaben" formuliert wird, bleibt den Adressaten im Alltag der Einwanderungsgesellschaft ebenso fremd wie die Elitendiskurse. Gerade auf die Zuwandererbevölkerung zielende Initiativen der Integrationspolitik, wie z.B. die Deutsche Islam Konferenz (DIK), sind Politik und Medien in Deutschland und in der Türkei sowie der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland deutlich besser bekannt als der Zuwandererbevölkerung. Daraus sollten Folgerungen für eine gezielte Informationspolitik bei der zweiten DIK gezogen werden.



Keiwan Farkiesch, 40 Jahre, Physiotherapeut: Eine kleine Bildserie im Jahresgutachten zeigt die Normalität des Alltags der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel Berlins.



Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

Einwanderungsgesellschaft 2010

Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer

INTEGRATION UND INTEGRATIONSPOLITIK IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Abb. 9 Einschätzung der Bedeutung politischer Maßnahmen nach Generation und Herkunftsgruppe

Türken
EU-27
übriges Europa
Afrika, Asien, Lateinamerika

gar nicht wichtig (0)
bis sehr wichtig (4)

erste Generation
zweite Generation

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Teil schon seit Generationen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Land leben – nicht mehr aussuchen. Sie haben einen sicheren Aufenthaltsstatus, Rechtsansprüche, und sie werden bleiben, ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Eine verstärkte Einbürgerung ist über das einzige Mittel, um ein Auseinanderfallen von Wohn- und Staatsbürgerbevölkerung zu begrenzen, denn das in seinen Wirkungen noch nicht absehbare Optionsrecht gilt nur für im Land Geborene. Die Attraktivität der deutschen Staatsangehörigkeit wird also offenkundig deutlich überbewertet. Ein nicht zu unterschätzender Grund dafür dürfte sein, dass Zuwanderer nach zunehmendem Inlandsaufenthalt und entsprechender Verfestigung des Aufenthaltsstatus annähernd die gleichen

32

Bildung als Baustelle

Als Folge der historischen Vernachlässigung von Integration und Integrationspolitik bekommen Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen (Arbeit, Einkommen, öffentlicher Raum, sozialer Status) heute eine ethnische Komponente mit wachsendem sozialem Spannungspotenzial. Umso wichtiger für den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft ist ein Verständnis von Integration als möglichst chancengleicher Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Entscheidend dafür sind Bildung und Ausbildung. Noch kann von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nicht die Rede sein. Zum Hintergrund zählt auch ein Paradox: Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung haben überwiegend positive persönliche Erfahrungen mit ethnischer Heterogenität in den Institutionen des Bildungssystems, aber eine überwiegend negative Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Schulen unter multikulturellen Bedingungen.

Personalprobleme der „Firma Deutschland"

In einem Wohlfahrtsstaat mit demographisch schrumpfender und alternder Bevölkerung erhöhen zunehmende Abwanderung und abnehmende Zuwanderung von Menschen im besten Erwerbsalter einerseits den Reformdruck auf die Sozialsysteme. Andererseits gibt es Personalprobleme in der „Firma Deutschland": Es gibt in Deutschland ein quantitatives und ein qualitatives Migrationsproblem. Deshalb muss Deutschland, über eine interne Qualifikationsoffensive hinaus, proaktive Zuwanderungspolitik betreiben, für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden, aber auch die Bedingungen für das Bleiben qualifizierter potenzieller Abwanderer verbessern, die zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen.

Einwanderer ohne Staatsangehörigkeit

Für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft ist ein Auseinanderfallen von Wohnbevölkerung und Wahlbevölkerung eine Gefahr. Ebendies signalisieren die niedrigen und zum Teil noch sinkenden Einbürgerungszahlen in Deutschland. Die eingewanderten Ausländer für die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewinnen, muss im lange griesgrämigen Einwanderungsland wider Willen heute als ein vorwiegend deutsches Interesse verstanden werden; denn Deutschland kann sich seine De-facto-Einwanderer nicht mehr aussuchen und sie nur noch einladen, auch De-jure-Einwanderer zu werden.

In diesem Zusammenhang sollte das Optionsmodell ersetzt werden durch eine fünfjährige Übergangslösung, die den Betroffenen auf Antrag die doppelte Staatsangehörigkeit gewährt. In der Übergangszeit sollte eine neue Gesamtlösung entwickelt werden, die den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft und der damit verbundenen Heterogenisierung der Bevölkerung gerecht wird.

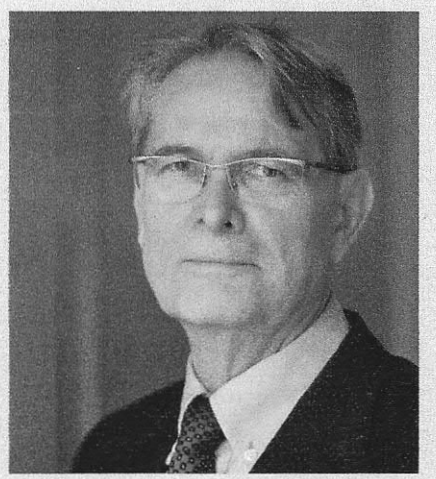
Insgesamt sind Migration, Integration und Einwanderungsgesellschaft Dimensionen mit hoher sozialer Eigendynamik und auf der Zeitachse mit schwer absehbaren ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen. Rechtliche und politische Interventionen müssen deshalb stets die Grenzen der Gestaltbarkeit, die Gefahr von Fehlsteuerungen, von nicht intendierten Folgen und unbeabsichtigten Härtefällen im Auge behalten. Eine eher bescheidene Verbindung von flexibler Konzeptorientierung und pragmatischer Gestaltung wirkt hier mitunter nachhaltiger als der auf lange Dauer angelegte große Wurf, bei dem eine Zielverfehlung mit nicht minder großen sozialen Kosten verbunden sein kann.

// Jahresgutachten und Integrationsbarometer

Der SVR ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet. Die Ergebnisse seiner Arbeit werden in einem Jahresgutachten veröffentlicht. Am 19. Mai wurde das erste Jahresgutachten mit dem Titel „Einwanderungsgesellschaft 2010" und dem Integrationsbarometer in Berlin vorgestellt. Der SVR geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören acht Stiftungen an. Neben der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung sind dies: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Weitere Informationen:
www.svr-migration.de

ZUR PERSON



Prof. Dr. Klaus. J. Bade ist Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater ist u.a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM) und des Rates für Migration (RfM). Er wirbt schon seit den frühen 1980er Jahren für eine proaktive Migrations- und Integrationspolitik, hat zahlreiche wissenschaftliche Forschungsprojekte geleitet und rund 40 Bücher zum Thema veröffentlicht.